

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 2 – Änderung Schulgesetz/freie Schulen

Dazu sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 080.08 / 27.2.2008

Und wieder ein Erfolg der Opposition: Kürzungen für Schulen in freier Trägerschaft werden rückgängig gemacht!

Die Rücknahme der Kürzungen für die Schulen in freier Trägerschaft ist überfällig. Ich freue mich, dass sich die große Koalition endlich bewegt hat. Es hat ja einige Anläufe gebraucht, bis es so weit war. Aber besser eine späte Einsicht als gar keine!

Es ist auch der guten Zusammenarbeit der Opposition zu verdanken, dass wir heute diese Gesetzesänderung beschließen können – dafür möchte ich mich insbesondere bei der FDP bedanken.

Mit dem heutigen Beschluss haben die Schulen in freier Trägerschaft die Gewissheit, dass sie in diesem Jahr zumindest nicht weniger erhalten als 2007. Was nun noch aussteht, ist die grundlegende Reform des Schulgesetzes zur Förderung der Schulen in freier Trägerschaft. Die Grüne Fraktion hat dazu bereits im September 2007 einen umfassenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht.

Wir begrüßen die Verabredung des Bildungsausschusses, den Fahrplan für die Beratung so zu gestalten, dass die Reform des Schulgesetzes spätestens im Oktober 2008 beschlossen werden kann. Die Schulen brauchen für 2009, aber auch für die folgenden Jahre, Planungssicherheit. Ich setze dabei auf eine konstruktive Debatte im Ausschuss, in der es meiner Fraktion vor allem um zwei Dinge geht: um mehr Transparenz im Gesetz und um eine insgesamt bessere Förderung für die freien Schulen.

Zur Transparenz: die bestehende gesetzliche Regelung ist ein Paradebeispiel dafür, wie ein Gesetz nicht aussehen soll. Selbst für Fachleute erschließt sich nicht, warum die einzelnen Parameter so und nicht anders sind. Mit einem logischen Aufbau von sich selbst erklärenden Förderelementen hat das Gesetz nichts zu tun. Deshalb muss hier grundlegend reformiert werden. Alle PolitikerInnen sind sich doch einig, dass Gesetze verständlich sein müssen. Hier haben wir einmal ganz praktisch die Möglichkeit, aus einem Gestrüpp ein belastbares Gerüst zu bauen.

Außerdem muss es darum gehen, die Förderung von Schulen in freier Trägerschaft grundsätzlich zu verbessern, damit sie ein mögliches Angebot für alle Bevölkerungsschichten sind. Privatschulen dürfen keine Eliteschulen für Kinder reicher Eltern sein. Sie sollen ein Baustein innerhalb unseres Bildungssystems sein und allen Kindern offen stehen.

Knappe finanzielle Haushaltsmittel dürfen nicht dazu führen, dass Elternbeiträge ins Unermessliche steigen! Gerade an den Waldorfschulen tragen viele Eltern durch erhöhte Elternbeiträge schon heute dazu bei, dass auch Kinder aus nicht so gut verdienenden Elternhäusern die Schulen zu ermäßigten Beiträgen besuchen können. Diese gelebte Solidarität, die hoch anzuerkennen ist, ist aber weitestgehend ausgereizt.

Privatschulen sind immer ein Politikbereich, über den kontrovers gestritten wird und auch gestritten werden muss. Eine Gesellschaft, in der Kinder reicher Eltern Privatschulen besuchen und Kinder armer Eltern auf schlecht finanzierten Staatsschulen landen, handelt unverantwortlich.

In einer sozial gerechten Gesellschaft muss es deshalb darum gehen, zum einen staatliche Schulen gut auszustatten und zum anderen Privatschulen so zu fördern, dass sie eine lebendige und belebende Ergänzung sind, die allen Kindern offen steht und die damit nicht zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt.

Das ist die Zielrichtung, die meine Fraktion in der weiteren Beratung verfolgt und die sich auch in dem von uns vorgelegten Gesetzentwurf widerspiegelt. Dem heutigen Gesetzentwurf stimmen wir zu. Die Schulen in freier Trägerschaft, aber auch SchülerInnen und Eltern werden sich darüber freuen!
